

Armutszuwanderung Mehr Geld für Kommunen

Die Bundesregierung will den Kommunen mehr Geld als geplant für die Betreuung sogenannter Armutszuwanderer aus Ländern wie Bulgarien und Rumänien zahlen. Darauf einigte sich eine Runde der Staatssekretäre der zuständigen Bundesministerien am vergangenen Donnerstag. Bei ihren Beratungen über den Abschlussbericht zur Armutsmigration beschlossen sie, den Kommunen neben den bereits zugesagten 200 Millionen Euro zusätzlich 75 Millionen Euro für Sprachkurse (40 Millionen), Unterbringung (25 Millionen) und Impfungen (10 Millionen) zuzugestehen. An einem wichtigen Punkt gibt es weiterhin DisSENS: Die CSU fordert, dass EU-Bürger, die nach Deutschland ziehen, in den ersten drei Monaten kein Kindergeld erhalten sollen. Dadurch solle der Missbrauch des deutschen Sozialsystems verhindert werden. CDU und SPD lehnen diesen Vorstoß strikt ab, da eine solche Regelung alle EU-Bürger treffen würde, etwa auch Franzosen oder Niederländer. Ende August will das Bundeskabinett über den Bericht beraten. *cos, mad*

Prozesse

Ecclestone geht auf Nummer sicher

Formel-1-Boss Bernie Ecclestone versucht, sich Straffreiheit zu erkaufen. Der 83-Jährige hat der Staatsanwaltschaft am vergangenen Freitag rund 75 Millionen Euro angeboten, wenn das Verfahren wegen Bestechung gegen ihn eingestellt wird. Bis zu einem Urteil hätte vermutlich noch monatelang weiterverhandelt werden müssen, von einer anschließend möglichen Revision ganz abgesehen. Viel Zeit für den hochbetagten Ecclestone, auch wenn seine Anwälte die Chance für einen Freispruch zuletzt steigen sahen. Die

Staatsanwaltschaft hatte Ecclestone vorgeworfen, im Jahr 2005 den damaligen Bayern-LB-Banker Gerhard Gribkowsky mit 44 Millionen Dollar bestochen zu haben, um seinen Einfluss in der Formel 1 zu sichern. Die Bayern LB war damals Hauptaktionär der Rennserie. Insider gingen davon aus, dass die Chancen der Staatsanwaltschaft, Ecclestone der Bestechung zu überführen, in den vergangenen Wochen nicht besser geworden sind. Ihr Hauptzeuge Gribkowsky belastete den Formel-1-Macher nicht so deutlich, wie die Ermittler gehofft hatten. Zudem präsentierten Ecclestons Verteidiger immer wieder Dokumente, die Gribkowskys Aussagen, er sei von Ecclestone bestochen worden, unglaubwürdig erschienen ließen. *js*

Bundeswehr

Tattoo-Erlass wird überprüft

Die neue Dienstvorschrift der Bundeswehr zum äußeren Erscheinungsbild der Soldaten soll bereits wenige Monate nach Einführung überprüft werden. Generalinspekteur Volker Wieker hat die Inspektoren der Teilstreitkräfte gebeten, bis Ende des Jahres einen ersten Erfahrungsbericht vorzulegen. Laut Dienstvorschrift müssen Soldaten ihre Tätowierungen bedecken. Soldatinnen dürfen nur bestimmte Ohrstecker tragen und die Fingernägel nur farblos lackieren. Die neue Dienstvorschrift war erst im Februar in Kraft getreten. Von vielen Soldaten wird sie als unmodern und als Eingriff in die persönliche Entfaltung wahrgenommen. Bis Juli gingen beim Wehrbeauftragten des Bundestags 38 Eingaben zu dem Thema ein. *gor*



Der Augenzeuge

„Dich gibt es gar nicht“

Der Mensch aus Köln ist 25 Jahre alt und nennt sich **Vanja**, weil der Vorname sowohl für Frauen als auch für Männer passt. Vanja N. ist intersexuell, das heißt, er/sie lässt sich genetisch, aufgrund der Geschlechtsorgane beziehungsweise der Hormone, nicht eindeutig als männlich oder weiblich einordnen – wie schätzungsweise weitere 80 000 Menschen in Deutschland. Vanja kämpft für eine Änderung der eigenen Geburtsurkunde: Statt „weiblich“ soll dort „inter/divers“ stehen. Mit dem Fall befasst sich jetzt ein Gericht.



Ich bin kein Mann, ich bin keine Frau, ich bin Inter. Als ich auf die Welt kam, sah ich aus wie ein Mädchen. Heute trage ich Bart, auch das Männliche ist also biologisch in mir angelegt. Ich habe es satt, dass ich beim Ausfüllen von Formularen, im Sportverein oder auf öffentlichen Toiletten immer nur zwischen zwei Geschlechtern wählen kann. Für mich ist das jedes Mal so, als würde mir jemand sagen: „Dich gibt es gar nicht.“

Also habe ich mir am vergangenen Montag Urlaub genommen, bin frühmorgens aufgestanden, in meine niedersächsische Heimatstadt Gehrden gefahren und war dort um elf Uhr im Büro einer sehr netten Mitarbeiterin des Standesamts. Ich habe ihr einen Umschlag mit 40 Seiten in die Hand gedrückt, darin war auch ein Antrag auf Änderung meiner Geburtsurkunde. Die Standesbeamtin hat ihn überflogen und gesagt, dass sie keine Entscheidung treffen könne. Sie hat die Unterlagen an das Amtsgericht Hannover geschickt.

15 Minuten dauerte mein Termin, dann ging es zum Feiern nach Hannover in die Kneipe Schwule Sau. Wir waren etwa 25 Leute, es gab Apfel- und veganen Käsekuchen, wir haben mit Sekt angestoßen. Ich war einfach nur erleichtert. Ich habe monatelang an diesem Antrag geschrieben, meine Geschichte erzählt, aber auch Gerichtsurteile und Gutachten von Psychologen und Biologen beigelegt. Geholfen haben mir Juristen und die Kampagnengruppe „Dritte Option“. Wenn es nur um mich gegangen wäre, hätte ich mir die Mühe vermutlich nicht gemacht, und ich will auch nicht als Aushänge-Exot erhalten. Aber ich glaube wirklich, dass wir diesmal eine Chance haben, etwas für Intersexuelle zu bewegen. Einen ähnlichen Antrag gab es vor rund zehn Jahren schon mal in München, er war erfolglos. In der Zwischenzeit hat sich aber viel getan, es gibt mehr Informationen, und selbst der Deutsche Ethikrat hat 2012 eine dritte Geschlechtskategorie gefordert. Also wusste ich: Diesmal kann es wirklich klappen. Andere Länder sind in dieser Hinsicht weiter – Australien, Nepal und Pakistan beispielsweise. Auch ich will raus aus dem Entscheidungszwang der Geschlechter, meine Geburtsurkunde ist der Anfang. Und falls ich beim Amtsgericht Hannover scheitere, ziehe ich bis vor das Bundesverfassungsgericht.

Aufgezeichnet von Anna-Lena Roth